Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeden Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 8. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 10. Januar 1925

Der deutsche Protest.

Die deutsche Regierung hat ihren Protest gegen die Weiterbesetzung der nördlichen Rheinlandzone durch die Entente der Botschafterkonferenz zugestellt. Die Protestnote wird wahrscheinlich das gleiche Schicksal haben, das ihre zahlreichen Vorgänger beispielsweise über die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien, die Schreiben der deutschen Regierung über die Vertragsbrüche nach dem 11. Januar 1923 usw. usw. gehabt haben. Man nimmt sie zur Kenntnis, legt sie zu den Akten. Zu jenen Akten, welche die Proteste Deutschlands gegen die Vertragsbrüche der Entente enthalten.

Die deutsche Note geht von der Feststellung aus, daß „die Befürchtungen, die die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte", sich bestätigt hätten. Die Regierung habe der Entente dringende Vorstellungen zukommen lassen, aber trotz allem habe die Entente sich entschlossen, am 10. Januar nicht zu räumen. Das sei besonders deswegen von Bedeutung, weil man in Deutschland das Verhalten der Entente an diesem Termin sozusagen als einen Prüfstein betrachtet habe dafür, ob man seitens der Entente dem System des Versailler Vertrages nun Folge geben wolle oder ob man rein machtpolitische Erwägungen an seine Stelle setzen wolle. Damit sei auch zugleich die Frage beantwortet, ob man diesen Versailler Vertrag durchführen wolle oder im Hinblick auf seine Unerfüllbarkeit Deutschland Erleichterungen zu gewähren entschlossen sei. Nicht einmal die Erleichterungen, die der Vertrag selbst enthalte, wolle man also innehalten. Die Botschafterkonferenz habe ihren Beschluß begründet mit einer Reihe von Anklagen, die aber über eine allgemeine Andeutung nicht hinausgehen. Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf die die alliierten Regierungen ihren Entschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß die sofortige Mitteilung dieser Tatsachen um so notwendiger gewesen sei, als das Urteil darüber — nämlich ob sie wirklich „Tatsachen" seien — selbstverständlich nicht von dem einseitigen und beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhänge. Daher könne man deutscherseits zu diesen „Gründen" überhaupt gar nicht Stellung nehmen, weil sie gar nicht aufgeführt sind. Die Gründe sollen ja noch der deutschen Regierung mitgeteilt werden. Die deutsche Regierung werde dann über die beanstandeten Punkte Aufklärung geben, werde sich auch bemühen, in den Fragen, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Kontrollkommission geführt haben, für Klärung zu sorgen und das übrige zu tun, „um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen".

Und dann erhebt die deutsche Regierung Protest dagegen, daß man die Nichträumung der Kölner Zone mit dem Stande deutscher Abrüstung begründen wolle. Der Artikel 429 des Versailler Vertrages gebe der Entente sinngemäß doch nur dann das Recht, in jener Zone zu bleiben, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, die jene harte Maßnahme wirklich rechtfertigen. Der Grund für die Besetzung deutschen Gebietes ist doch der, daß durch ihn die Durchführung der deutschen Entwaffnung garantiert werden soll. „Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt." Das ist eine Tatsache, eine unzweifelhafte Tatsache, und darum können Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich der Entente die Befugnis zu einer angeblichen Vergeltungsmaßnahme Deutschland gegenüber abgeben. Naturgemäß müsse der Versailler Vertrag, der ja nicht auf dem Verhandlungswege, sondern durch ein einseitiges Diktat zustandegekommen sei, eine Reihe von Streitpunkten bei seiner Durchführung enthalten, die nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung geklärt werden können. Deutschland habe gerade durch seine völlige Entwaffnung die Voraussetzung für eine solche Politik der Verständigung und Verhandlung gegeben, aber — und das ist der Sinn des ganzen Protestes — man hat diese Verständigung nicht gewollt, sondern den Grundsatz einseitigen Diktats wie in Versailles seitens der Entente nach wie vor nicht aufgegeben.

Die Protestnote der deutschen Regierung stellt also fest, daß der Vertrag seitens der Entente dem Wortlaut und dem Geist nach nicht erfüllt wird, stellt weiter fest, daß das Verhalten der Entente einen Rückfall in die Methoden der machtpolitischen Diktierens bedeutet.

Irgendwelche Maßnahmen Deutschlands, die über diesen Protest hinausgehen, werden nicht in Aussicht gestellt. Vor allem wird die sofort auftauchende Frage nicht berührt, was Deutschland zu tun gedenkt, wenn Frankreich seine durch die Ruhrbesetzung errungene Machtstellung auch für seine handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland ausnutzt. Denn um die Erhaltung der französischen Machtstellung an der Ruhr handelt es sich ja in Wirklichkeit bei der Nichträumung der Kölner Zone.

Noch immer keine Lösung.

Marx abermals beauftragt.

n. Berlin, 8. Januar.

Alle möglichen Phasen hat die Frage der Bildung des Reichskabinetts durchlaufen. Nachdem gestern die letzte Kombination, das sog. überparteiliche Kabinett, gescheitert schien, hieß es, der bisherige Reichskanzler Marx werde seine Bemühungen einstellen und seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen. Das ist aber nicht geschehen. Nach einer Unterhaltung zwischen Ebert und Marx wurde vielmehr amtlich gemeldet: „Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Reichskanzler ersucht, möglichst schnell ein Kabinett zusammenzusetzen. Der Reichskanzler hat diese Aufforderung angenommen und wird noch am heutigen Tage versuchen, ein Kabinett zu bilden." Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler völlig freie Hand in der Wahl der Persönlichkeiten gelassen haben. Wie es heißt, beabsichtigt Marx, das Kabinett ohne die Angehörigen der Deutschen Volkspartei zu bilden. Außenminister Dr. Stresemann würde also ausscheiden, ebenso Dr. Jarres, bisher Vizekanzler und Innenminister, der allerdings schon vorher erklärt hatte, statt des Ministersitzes wieder den Oberbürgermeisterstuhl in Duisburg wählen zu wollen. Marx würde neben dem Reichskanzlerposten den des Außenministers selbst verwalten, das Reichsministerium des Innern würde wieder dem demokratischen Führer Dr. Koch anvertraut werden. Finanzminister Dr. Luther hoffe man, dem Kabinett zu erhalten. Das Reichswehrministerium behielte Dr. Geßler, das Arbeitsministerium Dr. Brauns. Reichswirtschafts- und Reichspostministerium sollen, da die Minister Hamm und Hoefle sowieso ausscheiden, durch die Staatssekretäre Trendelenburg und Sautter verwaltet werden, das Justizministerium durch Staatssekretär Joel, das Reichsverkehrsministerium durch Staatssekretär Krohne. Heute hatte der Reichskanzler noch einmal Unterredungen mit allen Fraktionen, bei denen sich aber wohl nichts geändert haben dürfte, so daß man das Zustandekommen der Regierung, die nunmehr die Bezeichnung Beamten- oder Übergangskabinett, auch „Notregierung", erhalten hat, jeden Augenblick erwartet. Um die Mittagszeit fand ein Kabinettsrat statt.

*

Auch das Beamtenkabinett gescheitert?

Berlin, 9. Juni. Die parlamentarische Lage hat sich im Laufe des gestrigen Abends, nicht zum geringsten Teile infolge der Verwicklung des Reichspostministers Hoefle in die Skandalaffäre Barmat, so verwirrt, daß man bereits davon sprach, der Reichskanzler könnte noch heute abend seinen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts wieder an den Reichspräsidenten Ebert zurückgeben. Von unterrichteter Seite wird es als richtig bezeichnet, daß außer dem Minister Grafen Kanitz auch der Reichsfinanzminister Dr. Luther keineswegs gewillt sei, in ein Kabinett einzutreten, wie es bisher dem Reichskanzler vorschwebte.

*

Die Lage in Preußen.

n. Berlin, 8. Januar.

Während gestern auch die innerpolitische Lage Preußens völlig unklar war, traten heute gewisse Anhaltspunkte hervor, als die folgendermaßen lautende Entschließung des Zentrums bekannt wurde: „Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hält in ihrer überwiegenden Mehrzahl die verfassungsrechtliche Auslegung des Artikels 45 der Preußischen Verfassung durch die Volkspartei, wonach die Neuwahlen des Landtages die Demission des gesamten Kabinetts zur Folge haben müssen, für unrichtig. Sie schließt sich der Auffassung, die ihre Kabinettsmitglieder Dr. am Zehnhoff und Hirtsiefer in der Kabinettssitzung vom 6. Januar vertreten haben, vollinhaltlich an." Damit erkennt das Zentrum das Weiterbestehen des Kabinetts Braun als richtig an. Die Minderheit im Zentrum, die anderer Meinung war, soll 20 Stimmen betragen haben und von dem früheren Finanzminister Dr. Hermes geführt worden sein. Alsbald nach diesem Beschluß ließ die Deutsche Volkspartei erklären, die volksparteilichen Vertreter hätten dem Zentrum gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Rumpfkabinett im Landtage von der Deutschen Volkspartei mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft werde. Die beiden im Preußenkabinett durch das Ausscheiden der volksparteilichen Minister erledigten Sitze sollen dem Vernehmen nach interimistisch durch Staatssekretäre verwaltet werden.

Amerika für sofortige Räumung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 9. Januar. Die Neuyorker „Times" schreiben zum Kölner Notenwechsel: Der Schlußbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission sollte die öffentliche Meinung schnell über den wirklichen Stand der Entwaffnung aufklären. Das würde die Einleitung von Verhandlungen zum Zwecke eines Kompromisses erleichtern. Glücklicherweise sei die deutsche Regierung vernünftiger als die deutschen Nationalisten und die Extremisten im In- und Auslande, die auf ein Fallenlassen des Dawesplanes drängen. Eine solche Politik würde Selbstmord bedeuten. Im Interesse aller Beteiligten sollten die Kölner und die Ruhrtruppen so schnell als möglich zurückgezogen werden, wenn der Schlußbericht nicht zeigt, daß Deutschland ernste Vorbereitungen für einen neuen Krieg trifft.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 9. Januar. Die Besprechungen zwischen den Unterkommissionen und Sachverständigen sind nicht unterbrochen worden. Heute haben die Sachverständigen über Uhren- und Holzeinfuhr, Keramik, Papierindustrie und andere Wirtschaftsgebiete verhandelt. Morgen nachmittag findet unter Hinzuziehung der Sachverständigen eine Delegationssitzung statt. Staatssekretär Trendelenburg wird nicht vor morgen abend zurückerwartet. Reynaldi hat heute vormittag in der Ministerratssitzung die Hoffnung ausgesprochen, daß Trendelenburg in Berlin Weisungen erhalten werde, die den Fortgang der Verhandlungen ermöglichen.

Dr. Jarres geht nach Duisburg zurück

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 9. Januar. Im Reichsrat hat gestern der bisherige Innenminister Jarres seine Abschiedsrede gehalten und dabei mitgeteilt, daß er wieder nach Duisburg als Oberbürgermeister gehe.

Die Antwort auf den deutschen Protest.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 9. Januar. Dem „Lokalanzeiger" wird aus London gemeldet: Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, haben die Alliierten beschlossen, die deutsche Note frühestens in 10 bis 14 Tagen zu beantworten, keineswegs aber vor dem Schluß der Pariser Konferenz.

Folgen der Barmat-Affäre.

Mandatsniederlegungen beim Zentrum.

Berlin, 8. Januar.

Die dem Zentrum angehörigen Reichstagsabgeordneten Dr. Höfle und Lange-Hegermann haben, wie wir hören, ihre Reichstagsmandate niedergelegt. Dr. Höfle ist gleichzeitig Reichspostminister und Minister für die besetzten Gebiete und dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus dem Reichskabinett ausscheiden.

Der die Mitteilung zuerst verbreitende Nachrichtendienst „V. D. Z." bemerkt dazu: „Wenn diese beiden verdienten und allgemein im Reichstag anerkannten Politiker, deren Scheiden sicherlich die Zentrumsfraktion lebhaft bedauern wird, sich alsbald nach den Wahlen zu einem solchen Schritt entschlossen haben, so wird man wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Komplikationen, in die beide Herren durch die Barmat-Angelegenheit verwickelt sind, die Ursache für eine solche Entscheidung gewesen sind."

Abgeordneter Lange-Hegermann gehörte seinerzeit dem Aufsichtsrat des Barmat-Konzerns an, während Reichspostminister Dr. Höfle die Verantwortung für die dem Barmat-Konzern seitens der Reichspost erteilten Millionenkredite trägt. Insbesondere wird kritisiert, daß die Postbehörde dem Barmat-Konzern Riesenkredite zur Verfügung gestellt habe, ohne daß eine sichere Deckung für diese Kredite vorhanden gewesen sei.

Zum Barmat-Skandal.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 9. Januar. Der „Lokalanzeiger" berichtet: Die mit der Untersuchung in Sachen Barmat beschäftigte Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittelungen auch auf den Polizeipräsidenten Richter von Berlin und dessen Privatsekretär Stoecker sowie auf eine Reihe anderer Persönlichkeiten ausgedehnt. Minister Severing hat sich sicher nicht leichten Herzens entschlossen, wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen Herrn Richter von seinem Posten abzuberufen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF